


NWZ vom 26. Februar 2009

## **Gabriel geht auf Baumschulen zu NATURSCHUTZ Minister sagt im Streit um „gebietsfremde Pflanzen“ Hilfe gegen Protektionismus zu**



Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (4. von links) und sein Artenschutz-Experte Gerhard Adams (links) diskutierten mit (von links) Hermann Kurth (Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau) sowie vom Bund deutscher Baumschulen Bernhard von Ehren, Jan-Dieter Bruns, Karl-Heinz Plum und Renke zur Mühlen. Auf der Leinwand ist der Online-Auftritt der NWZ zu sehen. BILD: TORSTEN VON REEKEN 

### **VON ROLF SEELHEIMUND RÜDIGER ZU KLAMPEN OLDENBURG –**

Im Streit um Benachteiligungen durch die künftige Naturschutzgesetzgebung des Bundes ist Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) einige Schritte auf die Baumschulbranche zugegangen. Bei einer Diskussionsrunde im Haus der NWZ sagte Gabriel am Mittwoch zu, mit Detail-Änderungen am Entwurf für das geplante Bundesnaturschutzgesetz einige Sorgen der Baumschulisten zu berücksichtigen. „Unser Interesse ist der Naturschutz, nicht aber der Protektionismus“, betonte er. Es müsse verhindert werden, dass das Gesetz missbraucht werde.

Wie mehrfach berichtet, befürchten insbesondere norddeutsche Baumschulen, durch Naturschutzgesetze, die bei öffentlichen Projekten etwa in Bayern oder Brandenburg „gebietsfremde“ Gewächse konsequent ausschließen, erhebliche Nachteile. „Wir wollen keine Einschränkung des Marktes“, betonte Karl-Heinz Plum, der Präsident des Bundes deutscher Baumschulen (BdB). Es gehe um mehr als 400 Millionen Euro Marktvolumen.

Der größte Teil der hiesigen Produkte wird außerhalb Niedersachsens verkauft, wie Renke zur Mühlen, der Vorsitzendes des Weser-Ems-Verbandes im BdB, erläuterte. Er sehe das erreichte hohe Niveau der Branche im Nordwesten mit hunderten Betrieben gefährdet, wenn der Handel – etwa mit Waldkiefern, wie im Falle seines Betriebes – in Deutschland und darüber hinaus beschränkt werde. Es gebe allein im Ammerland rund 4000 Arbeitsplätze.

Dr. Hermann Kurth, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau, rechnet bei der befürchteten Vorgabe eines nur noch regional möglichen Einkaufs von Pflanzen für Naturflächen mit steigenden Preisen und schlechteren Qualitäten.

Gabriel betonte sein Grundziel, die Artenvielfalt zu erhalten und Naturgebiete vor fremden Arten zu schützen. Dazu habe Deutschland sich verpflichtet. Nicht mitspielen wolle er jedoch, wenn es etwa darum gehe, einen „Schutz vor fremder Herkunft“ von Bäumen usw.

durchzusetzen. Jeder norddeutsche Betrieb müsse „die Möglichkeit haben, Arten zu entwickeln und im Rest Deutschlands zu verkaufen“. Er sagte entsprechende „Klarstellungen“ im Referenten-Entwurf vor: „Das schauen wir uns nochmals an.“

Konkret deutete Gabriel auch an, die im Entwurf vorgesehene Übergangsfrist für das Pflanzen gebietsfremder Pflanzen von zehn Jahren inhaltlich konkreter zu fassen – eine zentrale Forderung der Baumschulisten. Sie befürchten, dass durch die bisher geplanten Formulierungen ein Ausschluss gebietsfremder Arten ab sofort verbindlich werden könnte. Die geltende Handhabung solle aus wirtschaftlichen Erwägungen weiter geduldet werden, sagte Gabriel zu, der mehrere Experten aus seinem Ministerium mitgebracht hatte. Er griff selbst zum Füller, um im Referentenentwurf Verbesserungen anzumerken. Zur Ausführung soll es „Anleitungen“ geben.

Die Baumschulen befürchten auch Nachteile durch willkürliche Definitionen von „gebietsfremd“. Jan-Dieter Bruns (Bad Zwischenahn), Vizepräsident des Baumschul-Bundes, sieht hier einen massiven Ansatz für Protektionismus und forderte wissenschaftliche Nachweise auch im Bereich von „Teil-Populationen“. Bei der jeweiligen Festlegung von „gebietsfremd“ sei sonst der Willkür Tür und Tor geöffnet. Gabriel sagte eine Prüfung zu.

Er wies darauf hin, dass in allen Bundesländern Gesetze kommen dürften, falls bis Jahresende kein Bundesnaturschutzgesetz zustande komme. Er bedauerte, dass das Bundes-Umweltgesetzbuch vorerst gescheitert sei.